

Pressemitteilung
02.09.2025

organisieren
arbeiten
bilden

Erstes Statement des bbk berlin gegen die weiteren Kürzungen im Berliner Kulturhaushalt 26/27 gegen die bildende Kunst

FabiK – Fonds für Ausstellungshonorare gestrichen!



Der bbk berlin hat den Fonds 2016 als Errungenschaft für Berlin erkämpft. Seine jetzt anstehende Abschaffung ist ein nicht hinzunehmender Rückschritt, denn er zerstört das Berliner Modell für Ausstellungshonorare, obwohl es bundesweit und international als Vorbild gilt.

Noch zu Beginn diesen Jahres positionierte sich die Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson als Staatssekretärin, dass der FabiK – Fonds für die Ausstellungshonorare 2025 mit einem Budget von 650.000 Euro nur ausgesetzt worden sei. Was jedoch unmittelbar zur Folge hatte, dass Künstler*innen für ihre zur Verfügung gestellten Werke nicht mehr bezahlt wurden und bereits 2025 Einkommensverluste in bedeutender Höhe hatten. Nun soll er komplett gestrichen werden und damit Künstler*innen für ihre Ausstellungsbeteiligungen nicht mehr honoriert werden.

Birgit Cauer, Co-Sprecherin des bbk berlin: „Welch Zynismus spricht aus einer solchen Entscheidung. Die Einkommensmöglichkeiten derjenigen, die in unserer Stadt für Kunst und Kulturerlebnisse sorgen, zumeist niederschwellig, oft kostenlos und begleitend, werden einfach nicht mehr honoriert. Das Berliner Modell für Ausstellungshonorare, das seit 2016 wegweisend für ganz Deutschland war, wird nun aufgrund dieser Haushaltskürzung sein erstes 10-jähriges Jubiläum im Januar 2026 nicht mehr begehen können.“

Durch eine vom Senat festgelegte Honorarregelung wurde die Bedeutung der Kommunalen Galerien gestärkt, indem professionellen Künstler*innen für ihre Ausstellungen verbindliche Honorare gezahlt wurden. Auch wenn im Haushaltsentwurf für die Bezirke im KOGA-Fonds ein Aufwuchs von 300.000 Euro den Kommunalen Galerien zur Kompensation des gestrichenen FabiK-Fonds von ehemals 650.000 Euro bereitgestellt werden, wird damit nicht geregelt, dass dieses Geld auch wirklich an professionelle Künstler*innen für ihre Ausstellungstätigkeit ausgeschüttet wird.

Die Nutzung der Gelder wären so nicht bindend geregelt und könnten von Bezirk zu Bezirk, von Kulturamt zu Kulturamt, in eigener Verantwortung verteilt werden. Denn ausdrücklich überlässt der Senat des Landes Berlin die Schwerpunktsetzung in der kommunalen Arbeit den Bezirksämtern.

Die Gefahr besteht nun, dass durch eine geplante Streichung von FabiK die effektive Budgetkürzung um 35% für Ausstellungstätigkeiten professioneller Künstler*innen die Arbeit der Kommunalen Galerien in ihrer Qualität und Relevanz stark gefährdet.

Frauke Boggasch, Co-Sprecherin des bbk berlin: „Die Stadt Berlin zerschlägt gerade wichtige national und international beachtete Errungenschaften in Kunst und Kultur wie die der Ausstellungsvergütung. Trotz sehr hoher Schuldenaufnahme, die das Land beschlossen hat, ist kein Geld für die Kunst vorhanden? Das wird sich bitter rächen in der Zukunft. Berlin ist jämmerlich rückschrittlich, versteht nicht woher Innovation und Fortschritt kommen, unterdrückt und verdrängt, was die Stadt und ihre Attraktivität ausmachen. Magnet war einmal, Mangelverwaltung ist jetzt!“

Frauke Boggasch und Birgit Cauer,
Sprecherinnen bbk berlin
presse@verband-bbk.berlin

[#BerlinIstKultur](https://www.berlin-ist-kultur.de/)

